

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **45 (1965-1966)**

Heft 1

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

BONNS SCHWIERIGKEITEN IM NAHEN OSTEN

Über Nacht fast ist die deutsche Bundesregierung im Nahen Osten in eine Krise hineingeraten, die nicht nur innen- und außenpolitische Rückwirkungen zur Folge hatte, sondern die internationale Position der Bundesrepublik überhaupt ins Wanken zu bringen drohte. Bonn manövrierte, nachdem es einmal in diese Auseinandersetzung hineingestolpert war, zeitweise mit geradezu erschütternder Ungeschicklichkeit. Drohend tauchte die Gefahr auf, die Bundesrepublik, die den Anspruch auf Alleinvertretung des deutschen Volkes erhebt, könnte zum Objekt weltweiter *Erpressungsversuche* seitens jener Länder werden, die seit Jahr und Tag aus der — unausgesprochenen — Drohung mit der Anerkennung des sowjetischen Satellitenregimes in Pankow für sich Kapital zu schlagen verstehen.

Ulbrichts Besuch in Kairo

Unmittelbarer Anlaß der Komplikationen war die Ankündigung, der Staatsratsvorsitzende der DDR, *Walter Ulbricht*, werde sich auf Einladung Präsident Nassers zu einem Besuch nach Kairo begeben. Es stand zu befürchten, daß dieser Besuch — die erste offizielle Visite Ulbrichts außerhalb des Ostblocks — Gelegenheit bieten würde, den kommunistischen Machthaber Ostdeutschlands mit den Ehren eines Staatsoberhauptes zu empfangen. Für Bonn bedeutete die Einladung an Ulbricht eine zusätzliche Enttäuschung, weil erst im vergangenen November Bundestagspräsident *Gerstenmaier* in offizieller Mission in Kairo gewelt und Nasser nach Bonn eingeladen hatte. Die Einladung war damals angenommen worden.

Die Bundesregierung reagierte deshalb zunächst entschlossen auf den Affront Kairo. Der deutsche Botschafter erhob bei Nasser Vorstellungen. Bonn deutete unmißverständlich an, daß es Ulbrichts Besuch als «unfreundlichen Akt» betrachte, es wies auf die wirtschaftliche Hilfe Westdeutschlands an Ägypten hin und ließ durchblicken, daß

möglicherweise ein *Abbruch der diplomatischen Beziehungen* in Erwägung gezogen werden müsse.

Es war eine Taktik, die in ähnlichen Situationen bisher meist zum Erfolg geführt hatte. Nasser hingegen war auf diese Weise nicht einzuschüchtern. Er drehte prompt den Spieß um und verlangte von der Bundesrepublik Einstellung der *Waffenhilfe an Israel*. Nasser ging so weit, die Situation zwischen der Bundesrepublik und der DDR mit dem Konflikt zwischen den arabischen Ländern und Israel in Parallele zu setzen und der Bundesregierung vorzuwerfen, sie unterstütze damit die angeblichen Bestrebungen Israels auf Vorbereitung eines Präventivkrieges gegen die arabischen Länder.

Bonns Verzicht auf Waffenlieferungen an Israel

Es war ein raffinierter Schachzug Nassers, und er erzielte zunächst den erhofften Effekt. Bonns Waffenlieferungen an Israel, 1960 bei einem Gespräch Adenauers mit Ben Gurion in New York erstmals den Israeli zugesagt, waren während Jahren als eine Art *Staatsgeheimnis* gehütet worden; selbst Gerstenmaier hatte erst kurz vor seinen Verhandlungen mit Nasser im Herbst 1964 davon erfahren. Man kann sich nachträglich fragen, ob es politisch klug war, die Wiedergutmachungsleistungen Deutschlands an Israel gerade in Form von Waffenlieferungen abzugelten. Die Tatsache, daß die ganze Angelegenheit unter dem Siegel strengsten Stillschweigens durchgeführt wurde, deutet darauf hin, daß die Bundesregierung sich klar darüber war, welche Komplikationen sich für sie durch ein Bekanntwerden dieser Abmachungen mit Israel ergeben würden.

Die Folgerungen, die Bundeskanzler Erhard aus Nassers Erpressungsmanöver zog, waren ebenso überstürzt wie folgenschwer in ihren Konsequenzen. Der Regierungschef beschloß, nachdem ein spanischer Diplomat als Vermittler zwischen Bonn und Kairo eingeschaltet worden war, künftig die Entsen-

derung deutscher Waffen «nach Spannungsgebieten» zu untersagen. Einziges Spannungsgebiet, das der Bundeskanzler in einer öffentlichen Erklärung näher umschrieb, war der *Nabe Osten*. Mit andern Worten: die Bundesrepublik hatte vor Nasser kapituliert und seine Wünsche erfüllt, ohne auch nur die geringste Gegenleistung dafür einzuhandeln, denn Nasser dachte nicht im entferntesten daran, Ulbrichts Besuch nun etwa abzusagen.

Welle des Protestes

Erhards Zurückweichen vor Nasser rief in der Bundesrepublik eine Welle des Protestes hervor. Man befürchtete, daß damit künftigen Erpressungen anderer Staaten des «tiers monde» Tür und Tor geöffnet worden sei. Vor allem kritisiert wurde die Annullierung eines Abkommens mit einem Land, dem gegenüber die Bundesrepublik über das formell-vertragliche hinaus weitreichende *moralische Verpflichtungen* hat, die womöglich noch schwerer wiegen als paraphierte Vereinbarungen. Die Beschwichtigungsversuche der Bundesregierung, sie werde sich an die eingegangenen Abmachungen halten, mochten nicht durchzudringen. Der Öffentlichkeit zeigte sich das Bild eines Kanzlers, der vor den erpresserischen Drohungen eines Diktators kapituliert und damit dem Ansehen der Bundesrepublik in der Welt schweren Schaden zugefügt hatte.

Als Entlastung Erhards wird man beifügen dürfen, daß sich die Bundesregierung in einer außergewöhnlich schwierigen Situation befand, an deren Zustandekommen der Kanzler nicht allein die Schuld trug. Auf der Politik der Bundesrepublik lastet die sogenannte *Hallstein-Doktrin*. Sie war in den fünfziger Jahren entstanden und sollte den Alleinvertretungsanspruch Deutschlands für Bonn international stützen. Zunächst funktionierte sie gut; je größer jedoch die Zahl der sogenannten «nichtgebundenen» Staaten wurde, um so stärker erwies sich diese Formel, wenn sie allzu starr gehandhabt wurde, als schwere Hypothek. Erhard hat diese Doktrin wie die Waffenlieferungsvereinbarungen von seinem Vorgänger übernommen und muß nun versuchen, mit den daraus re-

sultierenden Schwierigkeiten in veränderter Umwelt fertig zu werden.

Aber auch die *Verbündeten* der Bundesrepublik, die zum Teil in den vergangenen Jahren Bonn zu seiner araberfreundlichen Nahostpolitik ermuntert hatten, zeigten in der Krise um den Ulbricht-Besuch wenig Solidarität mit Westdeutschland. Dieser Mangel an Zusammenarbeit wirkt um so unverständlicher, als es sich beim Besuch Ulbrichts in Kairo offensichtlich um ein von *Moskau* ferngesteuertes Unternehmen handelte, mit der Absicht, die Bundesrepublik in Bedrängnis zu bringen und zu diffamieren. *Heinrich Bechtoldt* bemerkt dazu in der Zeitschrift «Außenpolitik»: «In den ersten Wochen des Jahres 1965 ist der Bundesrepublik Deutschland in bitteren Lektionen klargemacht worden, daß unter den Mächten ökonomische Potenz nicht unbedingt gleich politischer Potenz sein muß. Unsere ökonomische Potenz ist ein Faktor in der gesamtwestlichen Politik, unsere politischen Interessen sind darum noch lange keine absoluten Verbindlichkeiten für andere... Alle drei Mächte (gemeint sind die USA, Großbritannien und Frankreich) sprechen von der Notwendigkeit, das Kräftegleichgewicht im Nahen Osten aufrechterhalten zu müssen. Das ist ein richtiges Prinzip. Aber diese Mächte sind alle drei besser qualifiziert als die Bundesrepublik, bei einer nach mehreren Seiten arbeitenden Politik nicht in die Gefahr schamloser Erpressung zu geraten. Resultiert, wenn andere — in diesem Fall die Bundesrepublik — einen Teil der gesamtwestlichen Verantwortung übernommen haben, daraus nicht die Pflicht, den Träger dieses Teilgeschäftes im gesamtwestlichen Interesse auch abzudecken?» («Außenpolitik», Zeitschrift für internationale Fragen. 16. Jahrgang 1965, Heft 3 [März], S. 150f. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.)

Erhards Kehrtwendung

Alle diese für den Westen wenig erfreulichen Tatsachen können freilich Erhard nicht von der Verantwortung für den unglücklichen Kurs befreien, den die deutsche Nahostpolitik im Februar 1965 steuerte. Als Ulbricht mit den einem Staatsoberhaupt zukommen-

den 21 Salutschüssen im Hafen von Alexandrien empfangen wurde, war das Fiasko der Politik Bonns unübersehbar. Erhard hat dennoch lange gezögert, ehe er, gedrängt durch zahlreiche seiner Berater, endlich einen entscheidenden Entschluß faßte. Ulbricht hatte Kairo bereits wieder verlassen, als von Bonn aus angekündigt wurde, die Bundesregierung habe beschlossen, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen. Als Vermittler zwischen Bonn und Jerusalem wurde der CDU-Abgeordnete *Kurt Birrenbach* nach Israel entsandt. Das israelische Parlament, die Knesset, stimmte mit 66 gegen 29 Stimmen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bonn zu und legte damit den Weg frei für ein Gelingen der Mission Birrenbachs. In den Details ergaben sich allerdings noch zahlreiche Schwierigkeiten, die nur durch beidseitiges Entgegenkommen überwunden werden können, so daß ein baldiger Botschafteraustausch zwar in den Bereich des Möglichen gerückt, aber noch nicht gesichert ist.

Gleichgültig, ob die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Israel zu einem unmittelbaren Ergebnis führen oder nicht, so darf doch Erhard die Wendung der Krise als einen *Erfolg für Bonn* betrachten. Es ist der Bundesregierung gelungen, das Mißtrauen zu zerstreuen, mit dem weit über die deutschen Grenzen hinaus die Kapitulation vor Nasser betrachtet wurde. Das auch durch die schwankende Haltung der Bundesregierung in der Frage der *Verjährung* von Mordtaten aus der Zeit des Dritten Reiches in der Weltöffentlichkeit genährte Unbehagen gegenüber der Politik Bonns wurde damit wenigstens teilweise beseitigt. Jedenfalls war ein Ausweg aus der Sackgasse gefunden worden, in die sich das Bundeskabinett durch das allzu weitgehende Entgegenkommen gegenüber den ägyptischen Forderungen selbst hineinmanövriert hatte.

Zwiespältige arabische Reaktion

Bonns Entschlossenheit, die Brückierung durch Nasser mit der Aufnahme der Beziehungen zu Israel zu beantworten, löste in der arabischen Welt zunächst den erwarteten

Schrei nach Repressalien aus. Schon den ersten Reaktionen ließ sich jedoch entnehmen, daß die arabischen Staaten weit davon entfernt waren, eine einheitliche Front gegen die Bundesrepublik zu bilden. Darüber vermochten auch die harten Worte der nach Kairo einberufenen *Konferenz der Arabischen Liga* nicht hinwegzutäuschen. Drei Gruppen kristallisierten sich heraus: Zur ersten, die entschlossen ist, als Antwort auf das Vorgehen Bonns Pankow anzuerkennen, gehören die Vereinigte Arabische Republik, Irak und Jemen. Eine zweite Gruppe will es beim Abbruch der Beziehungen zu Bonn bewenden lassen, und die dritte schließlich — deren bedeutendster Sprecher Tunesiens Präsident Bourguiba ist — möchte überhaupt nicht über einen unter Umständen *scharfen Protest* hinausgehen.

Wenn es der Politik Erhards nach mancherlei Volten in der Frage des Verhältnisses zum Nahen Osten schließlich doch gelungen ist, eine für die Stellung der Bundesrepublik einigermaßen *erträgliche Lösung* zu finden und vor allem zu verhindern, daß Nassers Beispiel Schule macht, so sind doch die Passivseiten nicht zu übersehen. Der DDR ist an einer wichtigen Stelle des weltpolitischen Geschehens ein Einbruch gelungen, dessen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Zweifellos ist die Stellung Bonns in der arabischen Welt erschüttert worden; ob es den Machthabern der Ostzone gelingen wird, hier nun Fuß zu fassen, wird sich in absehbarer Zukunft zeigen.

Aber auch innenpolitisch scheint die Nahostkrise für die Bundesrepublik noch keineswegs beigelegt zu sein. Es ist kein Geheimnis, daß Außenminister *Schröder* vor einer sofortigen Aufnahme der Beziehungen zu Israel gewarnt hat. Erhard hat sich gegen den Rat seines Außenministers doch zu diesem Schritt entschlossen. Schröders Position, die seit der Annäherung Erhards an de Gaulle bereits stark gelitten hat, ist damit noch schwächer geworden, und es ist zweifelhaft, ob der Chef des Auswärtigen Amtes auf lange Sicht die Verantwortung für eine Politik übernehmen kann, die seinen eigenen Auffassungen widerspricht.

Fabius

SECHS MONATE OHNE CHRUSCHTSCHEW

Grundelemente der Politik des neuen sowjetischen Regimes

Der erste Frühling nach dem Sturz Chruschtschews begann in Moskau etwas trübe. Die Erschütterung, die von der unblutigen Wachablösung ausgelöst wurde, hält noch immer an. Natürlich bleiben die internen Vorgänge, die sich in der obersten Spitze im Kreml abspielen, nicht nur den einheimischen Beobachtern, sondern auch den ausländischen Experten meistens vorenthalten, und man ist — so wie dies beim Sturz Malenkows, bei der Machtprobe Chruschtschews mit Molotow und dessen Verbündeten oder bei dem letzten Oktoberumsturz der Fall war — durch die Ereignisse überrascht. So werden auch diesmal die Rivalitäten innerhalb des Nachfolgeregimes vor dem neugierigen Auge der Beobachter verborgen gehalten. Sechs Monate nach dem Sturz Chruschtschews sieht es vorerst so aus, als ob die kollektive Führung ein stabiles Regime bilden würde. Aber das ist nur die trügerische Fassade, in Wirklichkeit dürften neue Machtkämpfe bereits längst ausgebrochen sein, auch wenn sie sich in keinen dramatischen Äußerungen zeigen.

Nach dem Sturz Chruschtschews trat zunächst das Triumvirat in Erscheinung, das aus Parteichef Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und Staatspräsident Mikojan bestand. Doch war diese Machtkonstruktion zwischen dem Exponenten der Parteibürokratie des neuen Typus, dem Sprecher der Verwaltungsbürokratie und der Technokraten sowie dem armenischen Altbolschewiken, der sozusagen als einziger noch die Kontinuität zwischen Gestern und Heute verkörpert und darüber hinaus auf Grund seiner Herkunft das multinationale Wesen der sowjetischen Diktatur repräsentiert, von kurzer Dauer. Mehr und mehr ist dann Ende des Jahres Anastas Mikojan von der aktiven Politik zurückgedrängt worden. Darüber gibt es zwei Versionen; da heißt es einmal, daß die russischen Chauvinisten den Einfluß des Armeniers rigoros eingedämmt hätten, weil er ihnen als allzu liberal vorkam und

allzu stark auf die Rechte der nichtrussischen Völker pochte. Und dies erscheint uns recht plausibel, jedenfalls wahrscheinlicher als die andere Version, wonach Mikojan sich selber von jeglicher Aktivität zurückgezogen hätte, und zwar deshalb, weil er an den neuen Machtkämpfen nicht partizipieren möchte. Eine solche Zurückhaltung wäre angesichts des hohen Alters Mikojans und infolge einer Schwäche in der sogenannten nichtrussischen Fraktion im Kreml kaum vertretbar, denn sie könnte für den schlaunen armenischen Politiker mit einem vollen Fiasko enden.

Keine Stabilität

Tatsache ist jedenfalls, daß für eine kurze Zeit die ganze Politik Moskaus von dem Duumvirat Breschnew-Kossygin gemacht wurde. Die Entchruschtschewisierung, die vor allem im Parteiapparat und in der Wirtschaftspolitik eingeleitet wurde, hat vorerst den ehemaligen Mitstreiter des gestürzten Parteichefs, mit dem er sich später doch verfeindet hatte, nämlich Nikolay Podgorny, ins Rampenlicht des Zeitgeschehens gestellt. Podgorny wurde mit der Aufgabe betraut, Chruschtschews Parteireform, die 1963 nach dem Produktionsprinzip, das heißt also nach einem industriellen und einem landwirtschaftlichen Sektor, realisiert wurde, wieder rückgängig zu machen. Das ist ein riesiges Unternehmen, von dem Tausende betroffen werden, weil aus zwei Machtsäulen der Partei eine einzige entstehen wird. Man muß bedenken, daß dadurch die Hälfte der bisherigen Parteiapparatschiks auf den verschiedenen Stufen des mittleren und unteren Aufbaus ihre Ämter verlieren wird. Daß so etwas mit vielen Denunziationen, zahlreichen Intrigen, gegenseitigen Beschuldigungen verbunden ist, braucht niemanden zu überraschen. Es geht ja um gesellschaftliche Privilegien, machtpolitischen Einfluß und materielle Existenzfragen.

Eine solche Hervorhebung Podgornys hatte zur Folge, daß man eine Zeitlang ihn als den dritten Mann in der Kremlhierarchie betrachten konnte. Diese Stellung kam auch dadurch zum Ausdruck, daß Podgorny mit der wichtigen diplomatischen Mission nach Ankara betraut wurde. Aber inzwischen dürfte es zu neuen Gegensätzen und Machtkämpfen gekommen sein, und zwar durch diejenigen Funktionäre, welche Podgornys Aufstieg verhindern möchten. Als solcher darf vor allem der nach Macht strebende Alexander Schelepin angesehen werden. Dieser, in der heutigen ersten Garnitur im Kreml als einer der jüngsten Politiker (geboren 1918) sehr aktiv auftretende Mann, dürfte als sehr ernster Konkurrent Podgornys betrachtet werden. Er hat auch den Vorzug, daß er erstens ein Russe ist, während Podgorny ja zu den Ukrainern gehört, und zweitens, daß er in beiden Führungsgremien sitzt, nämlich im Parteipräsidium und im Ministerrat. Er ist übrigens der einzige neben Kossygin, der eine solche Machtfülle vereinigt. Schon das prädestiniert ihn zu einer wichtigen Rolle im politischen Leben. Wenn man noch berücksichtigt, daß Schelepin ein sehr machthungriger und dazu ein sehr energischer Politiker ist, so dürfte man annehmen, daß er noch einiges bei den kommenden Auseinandersetzungen unternehmen wird.

Unklares Verhältnis zwischen Breschnew und Kossygin

Den Kernsatz einer neuen kollektiven Führung stellte natürlich die Hypothese dar, daß zwischen dem Parteichef Breschnew und dem Ministerpräsidenten Kossygin eine harmonische Zusammenarbeit herrschen wird. Diese Hypothese basierte offenkundig auf den Beobachtungen, welche die anderen Mitglieder der obersten Parteibehörden während der Amtszeit Chruschtschews machen konnten. Aber jeder weiß, wie Chruschtschew mit seiner virulenten und überragenden Persönlichkeit die Leistungen seiner Mitarbeiter überschattete. An dem Tage, an dem Breschnew und Kossygin sozusagen einen Chrusch-

tschew ersetzen sollten, waren sie zum erstenmal in ihrer politischen Karriere von der Vormundschaft der Diktatoren befreit. Nunmehr sollten sie handeln, während sie bisher, wie Kossygin, die Befehle von Stalin, Molotow, Malenkow und Chruschtschew annahmen. Hinzu kommt noch der Umstand, daß sie ihre Pläne und Entscheidungen synchronisieren mußten, wie das die Gesetze der Übergangsregime der kollektiven Führung verlangen.

Aber gerade durch die Entfaltung der nunmehr freigegebenen eigenen Initiative sind recht schnell die erheblichen Unterschiede in den menschlichen und politischen Qualifikationen Breschnews und Kossygins aufgetreten. Man kann schon heute mit weitgehender Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß Breschnew dem Amt eines kommunistischen Parteiführers der Sowjetunion nicht gewachsen ist. Natürlich kann er sich mit Hilfe geschickter personeller Entscheidungen, machtpolitischen Intrigen und Allianzen noch ziemlich lange behaupten, aber das ändert nichts an der objektiven Sachlage.

Breschnews Oberflächlichkeit und Arroganz, Mangel an profunden politischen Kenntnissen und, wie es scheint, auch das Fehlen eines sicheren politischen Instinkts, haben sich schon im Laufe eines halben Jahres, seitdem er das verantwortliche Amt bekleidet, bemerkbar gemacht. Seine Trägheit in Erfindung politischer Initiativen verurteilt ihn zu einem sterilen Leben als Parteichef der nach China größten kommunistischen Partei der Welt.

Anders war es in dieser kurzen Zeit mit dem Regierungschef Kossygin bestellt. Auch er strahlt keine Attraktivität aus und verkörpert noch mehr als Breschnew den Typus eines trockenen Bürokraten. Doch Kossygin verfügt über immense Erfahrungen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Er kennt aus jahrelanger Arbeit als Leiter der verschiedenen Fachressorts im Kabinett fast alle Industrieunternehmen der Sowjetunion und ihre Direktoren sowie führende Ingenieure. Hinzu kommt noch eine angeborene Freude an systematischer und produktiver Arbeit und eine gewisse Gabe zum schöpferischen Denken. Das alles hat dazu geführt, daß die Per-

sönlichkeit Breschnews im Laufe der letzten Monate in den Hintergrund getreten ist, während Kossygin sich immer stärker in den Vordergrund schob. Es wäre vielleicht verfrüht, von einem bereits akut gewordenen Machtkampf zu sprechen, und es sieht nicht danach aus, als würde Kossygin eine Ein-Mann-Diktatur für sich beanspruchen, aber die Ereignisse beginnen sich auch ohne sein Zutun in dieser Richtung zu entwickeln. In der Situation, in der ein anderer, dazu berufener Politiker, in diesem Fall ist es Breschnew, Passivität und Indolenz zeigt, muß der andere, und das ist Kossygin, die Initiative entwickeln und zu den schwebenden Fragen Stellung beziehen, Entscheidungen treffen und Pläne entwerfen.

Wer — wen?

Sicherlich steht die Frage in diesem Frühling 1965 noch nicht so, wie sie einmal von Lenin formuliert wurde, «kto kowo», das heißt «Wer wen erledigen wird?», wobei sich diese Fragestellung damals auf ideologische Komplexe der Revolution bezog. Später hat sie in der Sowjetunion, jedenfalls in der obersten Spitze, den Charakter eines unbarmherzigen Existenzkampfes erhalten. Aber wenn die jetzige Situation sich noch stärker in der bisherigen Richtung entwickelt, muß man mit drastischen Entscheidungen im Kreml rechnen. Die Kompliziertheit der Aufgaben auf dem innen- und außenpolitischen Gebiet und die Struktur der sowjetischen Diktatur verlangen, daß sich wieder eine starke Persönlichkeit an die Spitze des Regimes stellt. Von der Rückkehr Chruschtschews zur Macht kann keine Rede sein, denn diejenigen, die ihn gestürzt haben, sind sich trotz der inzwischen ausgebrochenen Streitigkeiten über seine Erbschaft in der einen Frage einig, daß ein Comeback des Gestürzten verhindert werden muß.

In mancher Hinsicht erinnert die heutige Machtkonstellation im Kreml an diejenige nach dem Tode Stalins, als Malenkow die Innen- und Außenpolitik bestimmte und Chruschtschew noch völlig im Hintergrund stand. Der Unterschied ist aber, daß der heutige Malenkow, das heißt Ministerpräsident Kossygin, eine stärkere Position als der damalige Regierungschef hat, und zwar einfach deshalb, weil Breschnew eben kein Chruschtschew ist. Er ließ im Laufe von sechs Monaten zu, daß Kossygin seine Stellung festigen konnte, und es sieht vorläufig nicht danach aus, daß sich der Parteichef durch besondere Initiativen in absehbarer Zeit aktiver hervortun wird. Das schließt jedoch nicht aus, daß Breschnew, der zwar unfähig, aber machtgerig ist, sich eines Tages doch gegen Kossygin zur Wehr setzt und verschiedene Hebel in Bewegung setzt, mit denen er seinen Rivalen schwächen könnte. Damit hängt überhaupt die Schlüsselfrage zusammen, auf welche Kräfte sich der eine oder andere in einem eventuellen Entscheidungskampf stützen könnte. Breschnew könnte unter Umständen die Unterstützung der Armee und der Geheimpolizei erhalten, das heißt jener Kräfte, zu denen er ein besseres Verhältnis als Kossygin hatte und hat. Ministerpräsident Kossygin wiederum genießt mehr Ansehen und Sympathie als Breschnew bei der gesamten Verwaltungsbürokratie, den Technokraten und gewiß bei der Mehrzahl der Intellektuellen. Aber wie wir aus allen bisherigen Palastrevolutionen und Säuberungen im Kreml wissen, wird es in der Stunde der Entscheidung darauf ankommen, wer den Parteiapparat im Griff hat. Im Frühjahr 1965 ist dieser Apparat in einer Transformationsperiode. Aus der alten Machtbasis Chruschtschews soll eine neue Machtgrundlage geschaffen werden. Für wen? Das ist die Gretchenfrage? Vieles wird davon abhängen, wie Podgorny die Gegenreform durchführt und was er daraus macht.

Alexander Korab

ZUM ZWANZIGSTEN TODESTAG DIETRICH BONHOEFFERS,
9. APRIL 1965

Anfang 1939 ging Bonhoeffer in die Vereinigten Staaten zu Besuchen und Vorlesungen. Seine Freunde wollten ihn angesichts der drohenden Kriegskatastrophe in Sicherheit bringen. Doch blieb er nur drei bis vier Monate fort. Dann kehrte er — in klarer Erkenntnis des Risikos — nach Deutschland zurück. Er wollte mit jenen nun auch gemeinsam die kommende Last tragen, mit denen er bisher in Erkenntnis und Entscheidung verbunden gewesen war. Er wollte selbst bis zu Ende leben, was er gelehrt hatte,

und so die Glaubwürdigkeit seiner Worte beweisen. Man darf nicht an die eigene Sicherheit denken, wenn «es brennt». Man muß löschen oder im Feuer verbrennen. Und Bonhoeffer hat immer gewußt, daß er in diesem Feuer verbrennen werde. Er starb — kurz vor dem Eintreffen der Amerikaner — am 9. April 1945 am Galgen im Konzentrationslager Flossenbürg, 39 Jahre alt.

(Text nach dem Evangelischen Pressedienst Bethel, 11. März 1965.)

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Ein denkwürdiger Abstimmungskampf

Die schweizerische Innenpolitik stand in den ersten Wochen des neuen Jahres im Zeichen eines Abstimmungskampfes, der fast in jeder Beziehung außerordentlich war. Die von Bundesrat und Parlament im Februar 1964 erlassenen dringlichen Beschlüsse zur Bekämpfung der Teuerung bedurften der Sanktionierung durch das Volk, wenn sie ein weiteres Jahr gültig sein sollten. Der Souverän hat letzten Endes diese Zustimmung gegeben. 59 Prozent der stimmbfähigen Bürger gingen am 28. Februar zur Urne und fällten einen Entscheid, der nach dem Verlauf der Kampagne selbst erfahrene Beobachter überraschte. Der Kreditbeschluß, der den Geldwert stabilisieren soll, indem er die künstliche Aufblähung des Kapitalmarktes und damit der Investitionstätigkeit durch übermäßigen Zufluß von Auslandsgeldern dämpft, wurde mit 526 616 Ja-Stimmen gegen 385 750 Nein-Stimmen angenommen. Das Ständemehr betrug 18½ zu 3½. Der Baubeschluß, gegen den sich eine besonders starke Gegnerschaft von seiten des Gewerbes bemerkbar gemacht hatte, wurde ebenfalls überraschend deutlich mit 507 728 zu 406 199 Stimmen bei einem Ständemehr von 17 zu 5 gutgeheißen.

Wirtschaftspolitik in der freien Marktwirtschaft

Außerordentlich war dieser Urnengang schon von der Problemstellung her. Zumindest auf den ersten Blick scheint zwischen dem Postulat einer gezielten öffentlichen Wirtschaftspolitik und der freien Marktwirtschaft ein unvereinbarer Gegensatz prinzipieller Art zu bestehen. Zwar ist im modernen Liberalismus keine Rede mehr von einer völlig schrankenlosen Wirtschaftsfreiheit, weil sich gezeigt hat, daß sonst dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet sind. Auch nach liberaler Auffassung kommt dem Staat, unter den komplexen Verhältnissen der modernen Industriegesellschaft, die Aufgabe zu, für eine feste und gerechte Rahmenordnung besorgt zu sein, um allen Kreisen das größtmögliche Maß an wirtschaftlicher Freiheit zu garantieren.

Im vorliegenden Fall der Konjunkturbeschlüsse handelte es sich nun allerdings um weiterreichende Eingriffe. Der Versuch, die Investitionstätigkeit direkt zu kanalisieren und auf bestimmten Gebieten sogar zu reglementieren, sprengt den normalen Rahmen staatlicher Wirtschaftspolitik in liberalem Sinn. Nur in ausgesprochenen Notständen sind solche Maßnahmen zulässig, und auch dann nur zum begrenzten und befristeten

ten Zweck der Wiederherstellung der Normallage.

Daß unsere Wirtschaft und damit auch unser Staat in einer außerordentlichen Situation der Überhitzung stecke und daher auch nach außerordentlichen Maßnahmen rufe, diese Diagnose wurde im Vorfeld der Abstimmung nur von ganz wenigen ernst zu nehmenden Kritikern bestritten. Dazu sind die Symptome — Geldentwertung, Preis- und Lohnspirale, Überfremdung des Kapital- und des Arbeitsmarktes — allzu deutlich. Hingegen schieden sich die Geister bei der Frage, ob die vom Bundesrat vorgeschlagenen Mittel wirklich richtig und in diesem Umfange nötig seien. Das ist ein Streitpunkt, über den es selbst unter den Experten wohl nie und unter keinen Umständen eine Einigung geben kann. Dazu ist die Wirtschaft und damit auch die Wirtschaftspolitik mit ihren vielen wirtschaftsfremden Faktoren ein zu komplexes Gebilde. Es gibt immer eine Reihe möglicher Rezepte, und keines wird im liberalen Staat je ganz vom Odium des dirigistischen Sündenfalls frei sein.

Doch scheint sich eine Mehrheit des Volkes zur Überzeugung durchgerungen zu haben, daß es in jedem Fall besser sei, etwas zu unternehmen, als mit den Händen im Schoß den Dingen untätig ihren Lauf zu lassen. Auch dürfte die realistische Überlegung mitgespielt haben, daß es wohl falsch wäre, das Experiment der Konjunkturdämpfung auf halbem Wege abzubrechen. Auch in der Politik wird selbst ein Notbehelf um seine Wirkung gebracht, wenn er nicht entschlossen und folgerichtig voll durchgeführt wird. Diese Einsicht drängte sich um so mehr auf, als die Gegner der Vorlage nicht imstande waren, dem Programm des Bundesrates eine wirkliche Alternative mit einigen Erfolgsaussichten entgegenzustellen.

Grenzen der Referendumsdemokratie?

Es bleibt die Frage offen — und sie wurde in den letzten Wochen immer wieder gestellt —, ob der Bürger und damit die Referendumsdemokratie nicht überfordert sei, wenn er mit dem Stimmzettel über solch komplizierte Sachverhalte urteilen und ent-

scheiden müsse. In dieser Form scheint uns die Frage aber falsch formuliert zu sein. Es gehört zum Wesen der demokratischen Meinungs- und Entscheidungsbildung, daß sich immer wieder Probleme stellen, die eine große Zahl, vielleicht sogar die Mehrheit der Bürger nicht wirklich sachkundig überblicken und damit zuverlässig beurteilen kann. In solchen Fällen wird sich der Bürger in durchaus legitimer Weise auf den Rat und das Urteil politischer Führer oder Experten seines Vertrauens stützen. Das war nicht nur auf der höchsten Ebene der Staatspolitik von jeher so, sondern auch in den vielzitierten, noch überschaubaren kleinen Gemeinden mit ihren Einwohnerversammlungen. Dieser Sachverhalt gehört zur Demokratie. Er macht ihr Risiko aus, das um der Vorteile dieser Staatsform willen in Kauf genommen werden muss.

Das an sich berechnete Unbehagen um die Referendumsdemokratie, das bei jeder Abstimmung von der Art der letzten akut aufbricht, ist aber genau genommen in einem Tatbestand begründet, der mit dem notwendig begrenzten Sachwissen des durchschnittlichen Stimmbürgers nur mittelbar in Zusammenhang steht. Er liegt darin, daß in der Referendumsdemokratie neben den politischen Führern in Regierung, Parlament und Parteien, deren Standort klar bezeichnet und deren politische Verantwortung eindeutig lokalisiert ist, sich auch andere anheischig machen können, dem Bürger das Urteil zu erleichtern oder gar abzunehmen. Der entscheidende Unterschied zwischen diesen Komitees, Vereinen und Verbänden einerseits und den Exponenten des politischen Lebens liegt in der Rechenschaftsablage. Während die Politiker und ihre Organisationen regelmäßig zur Verantwortung gezogen werden können und müssen, sind die andern Gruppen in dieser Hinsicht völlig unbelastet und in der Lage, offen oder anonym eine punktuelle Agitation zu betreiben, die einzig durch ihre Interessenlage oder Neigung bestimmt ist.

Einflußnahme ohne Pflicht zur Rechenschaft

Diese Möglichkeit der öffentlichen Einflußnahme ohne politisches Mandat und damit

ohne die Pflicht zur öffentlichen Rechenschaft liegt zwar durchaus in der Absicht der Referendumsdemokratie. Doch ihre Vorkämpfer hatten sich im letzten Jahrhundert wohl kaum träumen lassen, daß diese Institution eines Tages auf Grund der Entwicklung von Propaganda und Nachrichtentechnik die Gefahr in sich berge, daß die traditionellen Träger der politischen Meinungsbildung zumindest in Einzelfällen völlig überspielt und an die Wand gedrückt werden könnten. So weit aber sind wir heute, weil solche Aktionskomitees, die nur den Einzelfall behandeln und ihn nur unter dem Gesichtspunkt handfester Interessen betrachten, im Vergleich zu den Parteien meist ein Mehrfaches an finanziellen Mitteln in die Waagschale der Propaganda zu werfen vermögen. Dieses Mißverhältnis ist um so stoßender, als sich solche Gruppen meist nicht auf eine saubere und damit legitime Vertretung ihres partikularen Interessenstandpunktes beschränken, sondern sich kaltblütig und wider besseres Wissen zum womöglich einzigen Hüter und Verwalter des Gemeininteresses aufzuspielen suchen.

Die staatspolitische Bedeutung der Abstimmung vom 28. Februar liegt über den materiellen Entscheid hinaus darin, daß sich der Souverän von der Sturzflut von Propaganda letzten Endes doch nicht hat betäuben lassen. Er hat die legitimen Träger der Meinungsbildung nicht desavouiert, sondern sich ihrer Führung anvertraut. Es riecht nach Gemeinplatz, wenn man in solchem Zusammenhang die legendäre «Weisheit des Volkes» zitiert. In diesem Fall aber ist man doch geneigt, den Ausdruck zu verwenden. Die Regierung hat nun die Möglichkeit, ihr Programm zu Ende zu führen und auf weitere Sicht zu disponieren. Dabei läßt sich der beträchtliche Stock von Nein-Stimmen aber nicht ignorieren. Er verbaut zum vorneher jeden Versuch, den Entscheid als grundsätzliche Abkehr von der freien Marktwirtschaft zu interpretieren. Das Volk hat in einer außerordentlichen Lage außerordentliche Maßnahmen beschlossen — in der festen Erwartung, daß sie keinen Tag länger als nötig in Kraft bleiben.

Spectator

VERPOLITISIERUNG UNSERER ARMEE?

In unserer Ende November erschienenen Dezemberrummer 1957 stellen wir im Abschnitt «Die Verjüngung der Landesverteidigungskommission» (S. 814/815) fest, daß die Verjüngung an der Spitze unserer Armee denkbar schlecht vorbereitet worden war. Wir fügten bei:

«Unter den vielen zum Teil unerfreulichen Kommentaren zur Wahl vom 8. November muß auf Bemerkungen hingewiesen werden, die ein grundsätzliches Problem behandeln. Im ‚Berner Tagblatt‘ (11. 11.) wird die Frage aufgeworfen, ob der bisherige Wahlmodus der Ernennung der Mitglieder der LVK, wonach der Bundesrat zwar einen Kandidaten der LVK ablehnen, aber keine Wahl ohne Einverständnis dieser Kommission treffen kann, auf die Dauer tragbar sei. Einer solchen Auffassung kann nicht ent-

schieden genug entgegengetreten werden. Sie enthält ein völlig ungerechtfertigtes Mißtrauensvotum gegenüber der LVK und würde eine Verpolitisierung der Wahlen in die LVK zur Folge haben. Die letzten Wochen haben uns blitzhaft eine Vorahnung des grausamen Spiels gegeben, das dann erst recht einsetzen würde.»

Die damals geäußerten Bedenken haben sich leider allzu rasch als durchaus berechtigt erwiesen.

Am 5. 12. 1957 reichte Nationalrat Fischer eine Motion ein, die eine Änderung des Wahlverfahrens für die Mitglieder der Landesverteidigungskommission anstrebte. Nach Auffassung des Motionärs sollte der Bundesrat als Wahlbehörde Entscheidungsfreiheit erhalten, und die Ergänzung der Kommission auf dem Wege der Kooptation, wie sie

damals praktisch bestand, sollte beseitigt werden¹. Die Motion wurde vom Nationalrat am 10. 12. 1958 und vom Ständerat am 16. 6. 1959 gutgeheißen und an den Bundesrat überwiesen². Mit Botschaft 7986 vom 30. 6. 1960 schlug der Bundesrat den eidgenössischen Räten vor, das angestrebte Ziel nicht durch Änderung des Artikels 70 MO zu verwirklichen, sondern durch Änderung des Artikels 66³. Die Räte stimmten diesem Antrag zu und gaben mit Bundesgesetz vom 21. 12. 1960 dem Art. 66, Absatz 1, der MO die folgende Fassung: «Für jede Ernennung und Beförderung bis zum *Grade eines Oberstdivisionärs* ist ein in vorgeschriebener Weise erworbenes Fähigkeitszeugnis notwendig⁴.»

Infolge dieser Einschränkung ist für die *Ernennung zum Oberstkorpskommandanten kein Fähigkeitszeugnis der LVK mehr nötig*, so daß der Bundesrat in seiner Wahl effektiv frei ist. Die Änderung ist in der zitierten Botschaft ausführlich behandelt und begründet. Mit der Annahme der Änderung der MO konnte auch die Motion Fischer abgeschrieben werden.

Die militärisch interessierte Öffentlichkeit ist sich über die schwerwiegenden Konsequenzen dieser Änderung der Militärorganisation nicht bewußt geworden. Irrtum vorbehalten, hat auch die Schweizerische Offiziersgesellschaft bedauerlicherweise nie offiziell zu dieser Frage von grundsätzlicher Bedeutung Stellung genommen. Daß diese schwerwiegende Änderung der Verpolitisierung Tür und Tor öffnet, ist bei der Verjüngung der LVK im Spätherbst 1964 in erschreckender Weise zutage getreten. Noch weit mehr als im Spätherbst 1957 mischten sich die politischen Parteien und die großen Tageszeitungen verschiedener Färbung in die Frage der Umgruppierung der LVK. Wenn kantonale Regierungen, Parteifunktionäre und die Presse ihren Einfluß geltend machen, ferner konfessionelle Momente eine Rolle spielen, wie die Landesverteidigungskommission zusammengesetzt sein soll, wenn beim Bundesrat antichambriert, interveniert und intrigiert wird, fallen wir in längst vergangene Zeitläufte zurück, als der «politische Oberst» ein Begriff war. Er ergab sich aus dem Umstand, daß im neunzehnten Jahr-

hundert und zu Beginn unseres Jahrhunderts auch die Kommandanten der Heeresinheiten einen zivilen Beruf ausübten, politische Karriere machen und selbst Mitglied der Bundesversammlung sein konnten. Wir erinnern an die Herren Oberstdivisionär Meister und die Oberstkorpskommandanten Küenzli und Bühlmann, die alle drei in der Bundesversammlung eine bedeutende Rolle spielten. Diese Verhältnisse änderten erst unter der Militärorganisation von 1907, welche mit Wirkung ab 1. Januar 1913 die Entwicklung zum *hauptamtlichen Heereseinheitskommandanten* brachte⁵. Als während des Aktivdienstes 1939—1945 der Kommandant einer Heereseinheit in den Nationalrat gewählt wurde, mußte er sich für das Kommando oder für das parlamentarische Mandat entscheiden, nachdem die Wahlprüfungskommission die Unvereinbarkeit des Heereseinheitskommandos mit einem Nationalratsmandat feststellte⁶.

Heute droht ein ungesundes Proporzdenken erneut die Armeeleitung zu verpolitisieren. Der Gedanke der proportionalen Vertretung mag gut sein für die Parlamente. Er ist bereits fragwürdig für die Exekutive, für die Regierung. Und er ist völlig fehl am Platz für die Armeeleitung. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um die eigentliche Proporzvertretung der politischen Parteien handelt oder um die Anwendung des Proporzdenkens auf Sprache, Konfession oder berufliche Vergangenheit (Berufsoffizier oder Milizoffizier). Jedes Proporzdenken in irgendwelcher Richtung birgt die Gefahr, daß sich Parteien, Fraktionen und Presse weiterhin in die Wahlgeschäfte für die Mitglieder der Landesverteidigungskommission mischen und der Bundesrat unter diesem politischen Druck diese Wahlen nicht mehr nach sachlichen Gesichtspunkten und Eignung vornimmt.

In den zwanziger Jahren und zu Beginn der dreißiger Jahre standen nicht alle Leute zur Armee. Da waren sie wenigstens noch ehrlich. Wie vielen geht es heute nur um die Befriedigung ihres politischen Ehrgeizes, so lange es zum guten Ton gehört, für die Armee einzutreten. Was geschieht in Zukunft, wenn der Bundesrat einen Divisionskommandanten zum Oberstkorpskomman-

danten befördert, trotzdem sich die LVK einstimmig gegen diese Beförderung ausspricht? Infolge der oben erwähnten Gesetzesänderung ist die Stellung der LVK gegenüber früher viel schwieriger und eingengter. Liegt dies im Interesse der Armee? Kann die LVK ihre Aufgabe noch restlos erfüllen?

Ein gnädiges Schicksal möge dazu führen, daß sich der Bundesrat bei der Ernennung eines Korpskommandanten nur von rein militärischen Gesichtspunkten leiten und sich zum mindesten von der LVK beraten läßt.

Miles

¹Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung (Übersicht), IV 1957, S. 23. ²Übersicht V 1958, S. 19, und Übersicht III 1959, S. 25 ³Bundesblatt 1960 II 389. ⁴Bundesblatt 1960 II 1430; Amtliche Sammlung 1961, 231; Stenographisches Bulletin Nationalrat 1960 III, S. 680, Ständerat 1960 IV, S. 273. ⁵Bundesratsbeschluß vom 24. 12. 1912, siehe Sammelband Militärämterblatt 1925, S. 445. ⁶Gutachten des Arme-Auditors vom 29. 4. 1942 und des Eidg. Justiz- und Polizei-Departements vom 11. 5. 1942, Verwaltungsentscheide der Bundesbehörden, Heft 16, 1942/43, Nr. 8.

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Abkürzungen von Wirtschaftszeitschriften im folgenden Text: «FuW» = Finanz und Wirtschaft; «Kreditwesen» = Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen (Frankfurt a. M.); «Monatsblätter» = Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik (Frankfurt a. M.); «NZZ» = Neue Zürcher Zeitung; «SAZ» = Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung; «Gewerbe-Z.» = Schweizerische Gewerbe-Zeitung; «SHZ» = Schweizerische Handelszeitung; «Versicherung» = Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift.

Aus Anlaß des Jahreswechsels

Mit verlässlicher Pünktlichkeit gibt in den letzten Monaten eines zu Ende gehenden Jahres der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins seinen «Rechnenschaftsbericht über Handel und Industrie der Schweiz» im Vorjahre heraus. So ist diese Denkschrift mit ihrer Information über 1963 im November 1964 erschienen und wie schon früher eine ausgezeichnete Auskunftsource über konjunkturelle und strukturelle Probleme der schweizerischen Wirtschaft. Wenn die Ausarbeitung unter anderm bemerkenswerte Überlegungen «zwischen Freiheit und Dirigismus» (vgl. dazu auch den Leitartikel in der «SAZ» vom 24. 12. 64) anstellt, so greift sie damit auch auf das Jahr 1965 über.

Im übrigen beleißigen sich in altem Brauch auch an der Wende von 1964 zu 1965 die Wirtschaftszeitschriften auf breiter Front eines mehr oder minder wohlabgewogenen Rückblicks auf die ökonomischen Vorgänge der letzten und der Vorschau auf die zu erwartenden Ereignisse des neuen Jahres. Es liegt Veranlassung vor, besonders hinzuweisen auf den zweiten Halbjahresbericht für 1964 aus dem angesehenen Kieler Institut für Weltwirtschaft, der sich wie seine Vorgänger mit der internationalen Wirtschaftslage und derjenigen in elf führenden Ländern der Erde befaßt. Lesenswert ist gleichfalls die Sondernummer der «Wirtschaftlichen Mitteilungen» vom 9. 1. der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung; sie enthält eine Übersicht über die internationale Wirtschaftssituation an der Schwelle von 1965. Wie sie es tut, vermitteln auch die Broschüren: «Schweizerische Wirtschaftsentwicklung 1939—1964» und «Schweizerisches Wirtschaftsjahr 1964», herausgegeben von der Schweizerischen Bankgesellschaft, und das «Jahreszirkular 1964» des Bankhauses Rahn und Bodmer einen sinnvollen Überblick über die ökonomischen Ereignisse in der behandelten Zeit. Schließlich warten der «Wochenbericht» des Bankhauses Bär am 29. 12. und die «SAZ» am 7. 1., diese mit ihrem Leitartikel von E. Hugentobler, desgleichen mit Erinnerungen auf; in der

«FuW» vom 20. 1. begegnet man einer anregenden Schilderung «der Welt-Aluminium-Industrie im Jahre 1964» sowie in der «Versicherung» des Januars einem Bericht von Dr. U. Christinger über «die Entscheidungen schweizerischer Gerichte in privaten Versicherungsstreitigkeiten von 1960 bis 1963».

Internationale Wirtschaftsprobleme

Im Gegensatz zu der hier soeben zitierten Fülle von Reminiszenzen ist innerhalb der Berichtszeit von Dezember 1964 bis einschließlich Februar 1965 die Beschäftigung der Wirtschaftspresse mit der Problematik der *europäischen Integration* wieder über Gebühr dürrig ausgefallen. Man kann sich des betrüblichen Eindrucks nicht erwehren, daß der Zerfall Westeuropas in zwei nicht mit Worten, aber in ihren Taten gegeneinander wirkende Wirtschaftsböcke von der öffentlichen Meinung schon viel zu lange als unabänderlich stillschweigend hingenommen wurde, bis sich infolge der Verdrossenheit im Schoße der EFTA über den britischen Rechtsbruch endlich eine regere Anteilnahme der ökonomischen Presse an den akuten Problemen des westeuropäischen Zusammenschlusses eingestellt hat. So begrüßt der «Economist» am 20. 2. in einem Artikel: «Der Kompaß schwenkt zu Europa zurück» das neuerliche Eintreten britischer Politiker für eine Verständigung Englands mit dem europäischen Kontinent. Über den «erneuten Zollabbau» der EFTA (Reduktion ab 1. 1. 1965 um total 70%) verbreitet sich «La Suisse Horlogère» in ihrer Nr. 1. Der Frankfurter «Volkswirt» öffnet am 15. 1. seine Spalten einem instruktiven Beitrag des Leiters der handelspolitischen Abteilung im EFTA-Sekretariat Torben Jantzen: «Britische Importabgabe ein harter Schlag.» «Die Entwicklung und Bedeutung des EFTA-Handels» nennt sich eine Untersuchung dieses Sekretariates der Kleinen Freihandelszone; ihr gibt die Wiener «Industrie» ebenfalls am 15. 1. Raum. Die eben erwähnte Unruhe in der EFTA gelangt besonders nachhaltig in der «SHZ» zum Ausdruck: sie orientiert am 17. 12. über die Dr. Peter Aebi

vom Vorort zuzuschreibende Anregung auf einem Stuttgarter Vortrag, die Schweiz durch einen Handelsvertrag mit der EWG den Schädigungen infolge des Integrationsgrabens zu entziehen, und sie läßt den Hauptgeschäftsführer der Zürcher Handelskammer Deutschland-Schweiz, Dr. H. J. Meyer-Marsilius, am 7. 1. gleichfalls zu diesem reizvollen Vorschlag sich äußern (vgl. dazu auch die Monatszeitschrift der Handelskammer vom Dezember und Januar); sie legt ferner am 14. 1. der EFTA in den «Wunschkorb» für 1965 «mehr Solidarität, mehr Konsultation und keine neuen Eigenmächtigkeiten!» und sieht schließlich am 28. 1. gewisse Anzeichen für eine Verständigung der Schweiz mit dem Gemeinsamen Markt. — Minister Dr. Jolles, der Delegierte des Bundesrates für Handelsverträge, erörtert in der St.-Galler «Außenwirtschaft», Heft IV von 1964, «das Ergebnis der *Unokonferenz und Entwicklung*» (vom Februar 1964) «und die Stellung der Schweiz». — Den Stand der *Kennedy-Runde im GATT* sondiert Pierre Simonitsch in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom Januar. Es ist lebhaft zu begrüßen, daß das Genfer Sekretariat des GATT sich entschlossen hat, eine neue Zeitschrift, das «Forum des internationalen Handels», herauszugeben. Sie dient in dreimonatlicher Folge der Unterrichtung der Öffentlichkeit über den jeweiligen Arbeitsstoff des GATT und bringt in englischer, französischer und spanischer Sprache mit ihrer Nr. 1 Botschaften hervorragender Repräsentanten aus dem Kreise der Mitglieder und Berichte über die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Länder. Über Entstehung und Aussichten der Kennedy-Runde verbreiten sich die «Splitter» der Schweizerischen Volksbank (Februar).

Die lebhafteste Erregung über *Zustand und Zukunft der Geldsysteme*, welche die Sachverständigen erfaßte, hat in der «NZZ» mit wiederholten Artikeln ihren Niederschlag gefunden. So behandelt der bekannte französische Fachmann Roger Auboin (Paris) in Nr. 336 vom 6. 12. «die Zukunft der westlichen Währungen», und in Nr. 13 vom 14. 1. bilden «Goldversorgung und Goldreserven der Welt» das Objekt zu ausführlichen Be-

trachtungen. Die Wiener «Industrie» entwirft am 29. 1. die «Anatomie einer Weltwährungskrise». In einer Reihe von Ausgaben der «NZZ» sieht während des Januars Heinz Portmann «Ansätze zu einem europäischen Kapitalmarkt». — Im Gebiete der *Sozialpolitik* wird eine Ausarbeitung von Dr. Erdmann: «EWG-Sozialpolitik, Rückblick und Vorschau» im deutschen «Arbeitgeber» vom 20. 1. aufmerksame Leser finden. — *Im übrigen* verfolgt man mit Anteilnahme einen Aufsatz von Professor Dr. Emil Küng: «Glanz und Elend der Wirtschaftsinternationalen» und einen solchen von Dr. Lorenz Stucki: «Kleine Kriege», beide in der Jahres-schlußausgabe des Frankfurter «Volkswirts». Das gleiche gilt von dem Leitartikel in der «Versicherung» im Dezember; dort erörtert Dr. Volkmar Muthesius (Frankfurt a. M.) am deutschen Beispiel das aktuelle Thema: «Prinzipienfragen der sozialen Sicherung.» Der Beitrag von Professor Dr. L. von Mises (New York): «Monopole — Dichtung und Wahrheit» in den «Monatsblättern» vom Januar regt zum Nachdenken an, und sorgfältig studiert man in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» aus dem Februar die Darstellung des schon vorhin zitierten Pierre Simonitsch: «Weltwirtschaft im Umbruch.»

Aus der Schweizer Wirtschaft und von ihren Problemen

Die *konjunkturelle Entwicklung* in der Schweiz macht der Wirtschaftspresse nach wie vor viel zu schaffen. Dr. J. C. Meyer bezeichnet in «FuW» vom 30. 12. an führender Stelle die Konjunkturpolitik als «im Zwielficht» befindlich. «Inwieweit die Struktur der Landwirtschaft verbessert werden kann», darüber unterhalten sich der Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes in Brugg, René Juri, und ein Redaktionsmitglied der «Betriebsführung» (Januar). Die «SAZ» behandelt am 28. 1. den Zusammenhang zwischen «Fremdarbeiterpolitik und Konjunkturdämpfung». In der Genfer «Wirtschaftsrevue» (Februar) fragt Nationalrat Werner Schmid, ob die Schweizer Wirtschaft durch die Konjunkturpolitik von Bundesrat Schaff-

ner «zu Tode geheilt werden soll». — Bezüglich des *Außenhandels* verweist «FuW» am 9. 12. mit Genugtuung darauf, daß «die Schweiz Waffen gegen die USA schmiedet» für den Fall, daß die USA in der Kennedy-Runde keine Konzessionen für die Einfuhr von Schweizer Uhren einräumen. Die «Revue Economique Franco-Suisse» läßt in Nr. 4/64 den Generaldirektor der Eidgenössischen Zollverwaltung, Dr. Lenz, sich zu dem Thema äußern: «Die Schweizer Zollverwaltung und die Veredelung im Lohnvertrag auf internationaler Ebene.» — *Sozialpolitisch* herrscht lebhafteste Bewegung in der Schweizer Presse bezüglich der Beschäftigung fremdländischer Arbeiter. Die «SHZ» widmet am 3. 12. ihren Spitzenartikel diesem Stoff, und die «Gewerbe-Zeitung» verurteilt am 18. 12. «die Siedehitze», die um das ganze Problem entfacht worden sei. Daß «ein neues Fremdarbeiterregime in Sicht» ist, weiß die «SAZ» am 21. 1. in ihrem «Wochenbericht» zu melden. Mit Interesse unterrichtet der deutsche «Arbeitgeber» am 15. 2. seine Leser über das Bestreben in der Schweiz, die «ausländischen Arbeitskräfte als Konjunkturbremse» zu verwenden. Die «SAZ» trifft in einem redaktionellen Artikel vom 11. 2. «Feststellungen zur Fremdarbeiterdiskussion»; sie verweist auf die Gefahren, die mit einem schematischen Abbau des Potentials der Arbeitskräfte verbunden sind. — Was *Finanzen und Steuern* betrifft, so erforscht Dr. Lang, Direktionsmitglied der Schweizerischen Kreditanstalt, in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» (Dezember) die «Wandlungen am schweizerischen Geld- und Kapitalmarkt». In der «Steuer-Revue» werden im Januar «einige Thesen zu aktuellen Steuerfragen» von Dr. Kurt Zumstein besprochen, und der «Wochenbericht» von Bär behandelt am 28. 1. Fragen der «Einkommenspolitik». — Zum *Abschluß dieses Kapitels* sei auf das Dezemberheft der «Betriebsführung» hingewiesen, das sich in mehreren Beiträgen mit der Energiewirtschaft der Schweiz befaßt. Auch die Aufklärung über «die Förderung des Techniker-nachwuchses» in der «SAZ» vom 14. 1. regt zur Befolgung in der Praxis an. Die Orientierung über «aktuelle gewerbliche

Probleme» durch Nationalrat U. Meyer-Boller («Gewerbe-Zeitung» vom 15. 1.) ist für den Betrachter lohnend. Die «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der Wirtschaftsförderung veröffentlichen im Rahmen ihrer beliebten Serie: «Stand und Probleme der schweizerischen Wirtschaft» als Nr. 1 des laufenden Jahres eine Studie von Adriano Camani über die Industrie der Kunststoffverarbeitung. Überdies wäre noch neben der schon üblich gewordenen Empfehlung des monatlich erscheinenden «Archivs für schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» mit seinem stets wertvollen Inhalt der «Schweizerischen Bibliographie für Statistik und Volkswirtschaft» zu gedenken, die soeben in ihrem 21. Jahrgang von der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft in Zürich veröffentlicht worden ist und die Literatur des Jahres 1962 erschöpfend umfaßt.

Wirtschaftsinformationen aus anderen Ländern

Aus Europa: Im deutschen Meinungsstreit um die Vermögensbildung in Arbeiterhand hat die Heidelberger Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft durch eine im Dezember weitverbreitete Denkschrift: «Eigentumsstreuung sehr nüchtern gesehen» ein neues Kapitel für die Belebung freiwilligen Sparens aufgeschlagen. Aus dem berufenen Munde des Bundesfinanzministers Dahlgrün hat die Zürcher Volkswirtschaftliche Gesellschaft am 3. 2. einen Vortrag, «aktuelle Fragen der deutschen Finanzpolitik» entgegengenommen (vgl. «NZZ», Nr. 36 vom 6. 2.). — Der Pariser Korrespondent der Wiener «Industrie» äußert sich am 15. 1. in seinem Blatt über «Frankreich zwischen Stabilisierung und Expansion». Im Hamburger «Wirtschaftsdienst», Heft 1, behandelt Alfred Frisch (Paris) das Thema: «Französische Planung mit neuen Schwerpunkten»; er verbreitet sich in der Wiener «Industrie» vom 5. 2. über den «Investitions-Engpaß in der französischen Wirtschaft». Von Dr. Paul Müller stammt eine Schilderung «des neuen französischen Markenrechtes» in der «SAZ» vom 18. 2. — Die ausgefallene Idee, daß in der Außenwirtschaftspolitik *Großbritanniens*

der berüchtigte Zusatzzoll als eine Etappe auf dem Wege «durch Zollerhöhung zum Freihandel» zu betrachten sei, vertritt Dr. Michalski (Hamburg) im «Wirtschaftsdienst», Nr. 12. Die nicht abreißende Unruhe in den Arbeiterkreisen der britischen Häfen gibt dem «Economist» am 9. 1. Anlaß zu sorgenvollen Betrachtungen. Die «Agrarpolitische Revue» orientiert im Januar über das «zukünftige britische Agrarprogramm». — In Rom erscheinen in deutscher Sprache als Halbmonatsschrift im IV. Jahrgang die «Informationen und Dokumente für die internationale Presse» über Aspekte der Politik, der Wirtschaft, der Finanz und des kulturellen Lebens *Italiens*; sie werden in der Ministerpräsidentschaft verfaßt und bringen, um ein Beispiel aus ihrem vielfältigen Inhalt zu nennen, am 5. 2. einen Bericht über die italienischen Wirtschaftsaussichten in den nächsten Jahren. — Aus dem Bereiche der *nordischen Staaten* stammt die Meldung in der Wiener «Industrie» vom 18. 12. über eine «ausgeprägte Exportkonjunktur Norwegens». Der «Vierteljahresbericht», Nr. 4 von 1964, der Skandinaviska Banken dient mit einer Arbeit von Karl Jungenfelt: «Die Methodik der schwedischen langfristigen Planung.» In «La Suisse Horlogère» vom 14. 1. läßt sich K.-E. Bergström, der Generalsekretär des schwedischen Uhrmacher- und Optikerverbandes, zu der Lage des Uhrenmarktes in Schweden vernehmen. Vom Außenhandel der Schweiz mit Schweden weiß die «SHZ» am 18. 2. interessante Einzelheiten zu berichten. — Neben den wie üblich gut orientierenden «Informationen aus Österreich» ist eine Aufzeichnung in der Wiener «Industrie» vom 8. 1. bemerkenswert, die «denkbare Varianten einer Vereinbarung Österreichs mit der EWG» skizziert (vgl. dazu auch die «SAZ» vom 11. 2.). — In der «Gewerblichen Rundschau» vom Dezember veröffentlicht alt Nationalrat C. E. Scherrer einen Reisebericht über «gewerbliche Entwicklungshilfe in Istanbul» (*Türkei*). Die «SHZ» informiert am 23. 12. über das Inkrafttreten des Assoziationsabkommens der Türkei mit der EWG am 1. 12.

Aus der übrigen Welt: Mit dem Aufbau einer «Zahlungsunion in Afrika» befaßt sich

Olaf J. Böhme im «Kreditwesen» am 1. 2. — In der Genfer «Wirtschaftsrevue» (Januar) entwirft H.-J. Besmer ein Bild der «latein-amerikanischen Integrationsbestrebungen», wie sie in der «LAFTA» (Latin American Free Trade Association) zum Ausdruck kommen. Die Inflationsbekämpfung macht die «SHZ» am 21. 1. als das «wirtschaftliche Kunststück» aller Staaten Lateinamerikas namhaft.

Einen Überblick über die Probleme der argentinischen Volkswirtschaft zeichnet der dortige Vertreter des «Bulletins» des Schweizerischen Bankvereins in Nr. 5 (Dezember). — Über «Sanierungsmaßnahmen in Brasilien» gibt «Kreditwesen» am 1. 1. in seiner «Umschau» Auskunft. — Die «Wirtschaftlichen Mitteilungen» der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung befassen sich am 3. 2. mit den Fortschritten Pakistans im letzten Fiskaljahr. — Über die ökonomischen Beziehungen der Schweiz mit dem Fernen Osten referiert «La Suisse Horlogère» am 21. 1.

Wirtschaft im kommunistischen Block und West-Ost-Handel

Zu seiner Befriedigung kann der «Economist» am 23. 1. vermerken, daß sich allent-

halben im kommunistischen Herrschaftsreich die Kräfte zu einem Durchbruch der wirtschaftlichen Reformen regen.

Unter Verwertung eines ausgedehnten statistischen Materials setzt «Osteuropa-Wirtschaft» im Dezember ihre Berichterstattung über die Elektroindustrie im Ostblock mit einem Referat über diejenige «der Sowjetunion im Jahre 1963» fort.

Die Wiener «Industrie» vom 22. 1. tituliert China als «einen schwierigen, aber zukunftsreichen Markt». — Der «Economist» vom 19. 12. ist instruktiv mit seinem Hinweis auf die «ehrgeizige» Bankenreform in Jugoslawien, die dem Unternehmer einen größeren Einfluß auf die Verteilung der finanziellen Mittel sichern soll. — Der Frankfurter «Volkswirt» notiert am 5. 2. die Abkehr der Tschechoslowakei «vom Plankult» als ein neues Konzept für elastischere Wirtschaftsführung. In «La Suisse Horlogère» vom 18. 2. wird eine Schilderung der tschechoslowakischen Uhrenindustrie geboten.

Dr. Erich Bendheim (New York) erläutert im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Dezember das Verhalten Amerikas in der «Frage des Osthandels». Prägnant wirkt dabei die von ihm veröffentlichte Übersicht über den US-Handel mit dem Sowjetblock (in 1000 Dollar):

Land	US-Einfuhr aus			US-Ausfuhr nach		
	1961	1962	1963	1961	1962	1963
UdSSR	22 785	16 360	20 391	42 647	15 172	20 227
Polen	41 248	45 585	42 718	74 714	94 404	108 648
Jugoslawien	39 309	48 291	48 412	153 777	154 081	164 300
Tschechoslowakei	9 165	9 940	9 902	7 238	6 991	9 768
Ungarn	2 044	1 680	1 544	1 305	836	17 265
Rumänien	1 228	609	764	1 403	799	1 249
Bulgarien	1 185	1 166	1 097	47	32	136
Deutsche Sowjetzone	2 542	3 005	3 225	2 775	1 698	6 402
Insgesamt	119 506	126 636	128 053	283 906	274 013	327 995

Der «Economist» zeigt sich am 23. 1. unterrichtet über den Besuch von Vertretern der Essener Firma Krupp in Polen.

Für Kenner kommunalpolitischer Bestrebungen sei zum Abschluß vermerkt, daß in der (Monats-) «Zeitung für kommunale

Wirtschaft» der Stoff im Dezember und Februar um die Strom- und im Januar um die Wasserversorgung gruppiert ist.

(Abgeschlossen anfangs März 1965.)

Hans Posse